

**Katalog von Einnahmen und  
deren beitragsrechtliche Bewertung  
nach § 240 SGB V  
vom 11. Dezember 2023**

**GKV-Spitzenverband**  
Reinhardtstraße 28, 10117 Berlin  
Telefon 030 206288-0  
Fax 030 206288-88  
[www.gkv-spitzenverband.de](http://www.gkv-spitzenverband.de)



## **Vorwort**

Der vorliegende Katalog stellt eine alphabetische Auflistung von in der Praxis häufig vorkommenden Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung im Hinblick auf den Einkommensbegriff des § 240 Absatz 1 SGB V in Verbindung mit den einheitlichen Grundsätzen des GKV-Spitzenverbandes dar, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Er dient für die Zeit ab dem 1. Januar 2009 der einheitlichen Beitragsbemessung bei freiwilligen Mitgliedern und anderen, deren Beitragsbemessung sich ebenfalls nach § 240 SGB V richtet.

Der Katalog befasst sich ausschließlich mit dem Begriff der Einnahmen, welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Mitglieds im Sinne des § 240 Absatz 1 Satz 2 SGB V beziehungsweise § 57 Absatz 4 Satz 1 SGB XI bestimmen. Andere Einkommensbegriffe in der Kranken- und Pflegeversicherung (zum Beispiel Einnahmen zum Lebensunterhalt im Sinne des §§ 55 Absatz 2 und 3, 62 SGB V sowie § 40 Absatz 3 Satz 5 SGB XI) werden von diesem Katalog nicht erfasst.

## **Allgemeines**

Für die Beitragsbemessung der freiwilligen Mitglieder ist nach § 240 Absatz 1 Satz 2 SGB V beziehungsweise § 57 Absatz 4 Satz 1 SGB XI die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des freiwilligen Mitglieds zu berücksichtigen.

Mit der Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist die grundsätzliche Ausrichtung der Beitragsbelastung an der Gesamtheit der Einnahmen gemeint. Welche Einnahmen im Einzelnen hierunter fallen, ist im Gesetz nicht festgelegt. Aus den Gesetzesmaterialien, dem Wortlaut der Vorschrift, ihrer Zweckbestimmung und dem gesetzlichen Zusammenhang kann allerdings entnommen werden, dass der Beitragsbemessung alle Einnahmen und Geldmittel, die das Mitglied zum Lebensunterhalt verbraucht oder verbrauchen könnte, ohne Rücksicht auf die steuerliche Behandlung zugrunde zu legen sind.

Zu den beitragspflichtigen Einnahmen freiwilliger Mitglieder gehören zwingend das Arbeitsentgelt, das Arbeitseinkommen, die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und Versorgungsbezüge. Diese Bezüge sind bei versicherungspflichtig Beschäftigten der Beitragsbemessung zugrunde zu legen und deshalb nach § 240 Absatz 2 Satz 1 SGB V auch in der freiwilligen Krankenversicherung in Ansatz zu bringen. Den beitragspflichtigen Einnahmen grundsätzlich zuzurechnen sind ferner alle wiederkehrenden Bezüge, geldwerten Zuwendungen und sonstigen Einnahmen.

Da wegen der Vielzahl unterschiedlicher Einnahmearten eine abschließende konkrete Aufzählung aller beitragspflichtigen Einnahmen nicht möglich ist, benennen die vom GKV-Spitzenverband beschlossenen „Einheitliche Grundsätze zur Beitragsbemessung freiwilliger Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung und weiterer Mitgliedergruppen sowie zur Zahlung und Fälligkeit der von Mitgliedern selbst zu entrichtenden Beiträge (Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler)“ die einzelnen beitragspflichtigen Einnahmen nicht abschließend, sondern enthalten eine allgemeine, generalklauselartige Regelung, um sämtliche Einnahmen im vorstehenden Sinne beitragsrechtlich zu erfassen. Diese abstrakte Regelung erhält durch den vorliegenden Einnahmenkatalog eine konkrete Ausprägung.

Von dem Grundsatz, dass alle wiederkehrenden Bezüge, geldwerten Zuwendungen und sonstigen Einnahmen zu den beitragspflichtigen Einnahmen freiwilliger Mitglieder zählen, gelten folgende Ausnahmen:

- Die Einnahme unterliegt aufgrund einer gesetzlichen Regelung nicht der Beitragspflicht.
- Die Einnahme unterliegt aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung nicht der Beitragspflicht.
- Die Einnahme unterliegt aufgrund einer konkretisierenden Regelung in den Beitragsverfahrensgrundsätzen Selbstzahler nicht der Beitragspflicht.
- Eine Einnahme, deren Bewertung auf erhebliche Schwierigkeiten stößt oder der sich im Gesetz keine eindeutigen Bewertungsmaßstäbe entnehmen lassen, unterliegt aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung nur dann der Beitragspflicht, wenn die Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler eine entsprechende konkretisierende Regelung enthalten.
- Die Einnahme stellt lediglich einen Ersatz für entstandene Aufwendungen dar und besitzt daher keinen Einnahmencharakter mit der Konsequenz, dass sie nicht der Beitragspflicht unterliegt.
- Die Einnahme stellt lediglich eine steuerliche Vergünstigung dar und besitzt daher keinen Einnahmencharakter mit der Konsequenz, dass sie nicht der Beitragspflicht unterliegt.

Hinweis:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf geschlechterspezifische Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen in dem Katalog gelten daher gleichermaßen für alle Geschlechter.

Einnahmearart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
<b>A</b>			
Abfindung bzw. Entlassungsschädigung bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses - monatlich gezahlt - nicht monatlich gezahlt		ja (BSG-Urteil vom 15.10.2014, – B 12 KR 10/12 R –, USK 2014-114)	§ 4 Nr. 1  § 5 Abs. 2 Satz 1 § 5 Abs. 5
Abfindung der Entschädigungszahlungen an Geschädigte	§ 84 SGB XIV	nein (§ 28 Abs. 2 SGB XIV)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
Abfindung der Entschädigungszahlungen an Witwen und Witwer	§ 86 SGB XIV	nein (§ 28 Abs. 2 SGB XIV)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
Abfindung von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung bei Wiederheirat	§ 107 SGB VI	ja	§§ 4 Nr. 2, 5 Abs. 3 Satz 3
Abfindung von Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung	§§ 75 – 79 SGB VII	ja	§§ 4 Nr. 2, 5 Abs. 3 Satz 3
Abfindung von Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung bei Wiederheirat	§ 80 SGB VII	ja	§§ 4 Nr. 2, 5 Abs. 3 Satz 3
Abfindung von Unterhaltsleistungen, die geschiedene Ehegatten oder Lebenspartner nach gerichtlich aufgehobener Lebenspartnerschaft erhalten	§ 1585 Abs. 2 BGB, § 16 LPartG (Lebenspartnerschaften vor 01.10.2017 begründet)	ja (BSG-Urteil vom 18.10.2022 – B 12 KR 6/20 R –, USK 2022-54)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 3 Satz 3
Abfindung von Versorgungsleistungen für Ruhestandsbeamte bei Wiederheirat (Witwenabfindung)	§ 21 BeamtVG	ja	§§ 4 Nr. 2, 5 Abs. 3 Satz 3
Anpassungsgeld im Bergbau	APG-Richtlinien	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Arbeitseinkommen	§ 15 SGB IV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Arbeitsentgelt	§ 14 SGB IV i.V.m. SvEV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3
Arbeitsentgelt aus geringfügiger Beschäftigung (Minijob) – geringfügig entlohnte Beschäftigung  – kurzfristige Beschäftigung	§ 14 SGB IV	zur Krankenversicherung: nein (BSG-Urteile vom 16.12.2003 – B 12 KR 20/01 R – und – B 12 KR 25/03 R –, USK 2003–28)  zur Pflegeversicherung: ja (BSG-Urteil vom 29.11.2006 – B 12 P 2/06 R – USK 2006–62)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3
Aufstockungsbeträge bei Altersteilzeit	§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a AltTZG	zur Kranken- und Pflegeversicherung: ja  ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Aufwandsentschädigung aus öffentlichen Kassen für ehrenamtliche Tätigkeit	§ 3 Nr. 12 EStG	nein, soweit steuerfrei	
Aufwandspauschale für Betreuer	§ 1878 BGB i.V.m. § 3 Nr. 26b EStG	nein, soweit steuerfrei	

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Ausbildungsbeihilfe während der lotsenspezifischen Grundausbildung	§ 9 Abs. 3 SeeLG i.V.m. den Satzungen der Lotsenbrüderschaften	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Ausgleich bei (besonderen) Altersgrenzen	§ 48 BeamtVG § 38 SVG (§ 53 SVG ab 01.01.2025)	ja	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2
Ausgleich für gesundheitliche Schädigungsfolgen bei früheren Soldaten (ab 01.01.2025)	§ 11 SEG	nein	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
Ausgleichsgeld	§§ 9, 10 FELEG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Ausgleichsleistungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet	§ 8 BerRehaG	nein (§ 9 Abs. 1 BerRehaG)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
Ausgleichszahlungen an Hinterbliebene früherer Soldaten (ab 01.01.2025)	§§ 43, 44, 45, 50 SEG	ja (BSG-Urteil vom 09.12.1981 – 12 RK 29/79 –, USK 81300 analog)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
<b>B</b>			
BAföG (Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz) einschließlich des Kranken- und Pflegeversicherungszuschlages nach § 13a BAföG	§§ 11 ff. BAföG	ja, soweit nicht darlehensweise gewährt	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Bayerisches Familiengeld	BayFamGG	nein (analog § 224 Abs. 1 SGB V, § 56 Abs. 3 SGB XI)	
Bayerisches Landespflegegeld	BayLPfGG	nein (Art. 1 Satz 3 BayLPfGG)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
BEG-Renten an Beschädigte	§§ 31–35 BEG	nein, soweit sie den Betrag der Entschädigungszahlung nach § 83 SGB XIV bei einem der Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit (§ 31 Abs. 6 BEG) entsprechenden GdS nicht übersteigen	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
BEG-Renten an Hinterbliebene	§§ 17 –21, 41 BEG	nein, soweit sie den Betrag der entsprechenden Entschädigungszahlung an Hinterbliebene nach §§ 85, 87, 88 SGB XIV nicht übersteigen	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
Beihilfe in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen	BhV des Bundes und der Länder	nein	
Beihilfe zum Krankengeld der Sozialen Entschädigung	§ 48 SGB XIV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Beihilfe zum Versorgungskrankengeld	§ 143 Absatz 3 SGB XIV i.V.m. § 17 BVG in der bis zum 31.12.2023 geltenden Fassung	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Beiträge für die Vorsorge	§ 33 SGB XII	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1, 7 Abs. 6
Beiträge zur Alterssicherung während des Bezugs des Krankengeldes der Sozialen Entschädigung	§ 52 Abs. 2 SGB XIV	nein	

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Beitragsübernahme des Sozialhilfeträgers bzw. des Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende	§ 32 SGB XII § 26 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011 – 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 ; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Beitragszuschuss der landwirtschaftlichen Alterskasse für freiwillig versicherte Rentenbezieher zur Krankenversicherung	§ 35a ALG	nein	
Beitragszuschuss der Rentenversicherung für freiwillig versicherte Rentenbezieher zur Krankenversicherung	§ 106 SGB VI	nein	
Beitragszuschuss eines Arbeitgebers zur freiwilligen Krankenversicherung und sozialen Pflegeversicherung an beschäftigte ehemalige Soldaten auf Zeit	§ 257 Abs. 1 Satz 2 SGB V § 61 Abs. 1 SGB XI	nein, soweit nach § 3 Nr. 62 Satz 1 EStG steuerfrei	
Beitragszuschuss eines kirchlichen Arbeitgebers zur freiwilligen Krankenversicherung	landesrechtliche Vorschriften	nein, soweit nach § 3 Nr. 11 Satz 4 EStG steuerfrei	
Beitragszuschuss zu den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen an aktive bzw. ehemalige Abgeordnete (und deren Hinterbliebene) des Deutschen Bundestages bzw. der Landesparlamente	§ 27 AbgG landesrechtliche Vorschriften	nein, soweit nach § 22 Nr. 4 Buchst. a i.V.m. § 3 Nr. 62 Satz 1 EStG steuerfrei	
Beitragszuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung bei Bezug von Übergangsgebühren nach dem SVG	§ 11b SVG (§ 18 SVG ab 01.01.2025)	nein, soweit nach § 3 Nr. 62 Satz 1 EStG steuerfrei	
Beitragszuschuss zum Beitrag zur Alterssicherung der Landwirte	§ 32 ALG	nein	
Bekleidungsgehd	§ 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB XIV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

<b>Einnahmeart</b>	<b>Rechtsgrundlage</b>	<b>Beitragspflichtig?</b>	<b>Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“</b>
Berufsausbildungsbeihilfen	§§ 56, 70 SGB III oder landesrechtliche Vorschriften	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Berufsausbildungsbeihilfen für Behinderte	§ 115 Nr. 2 SGB III	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Berufsschadensausgleich	§ 89 ff. SGB XIV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Betriebsrente	§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4
Blindengeld (bzw. vergleichbare Sozialleistung für blinde Menschen)	landesrechtliche Vorschriften	nein (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011 – 170)	
Bürgergeld für nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte	§ 19 Abs. 1 Satz 2 SGB II	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
<b>C</b>			
Conterganrente	§ 13 des Conterganstiftungsgesetzes (ContStifG)	nein (§ 18 Abs. 1 ContStifG)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
<b>D</b>			
Diäten	Abgeordnetengesetz des Bundes oder landesrechtliche Vorschriften	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Dienstbeschädigungsausgleich	DbAG	nein (§ 2 Abs. 3 DbAG)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
Dienstbezüge für Beamte/Beamtenanwärter	BBesG	ja	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2
Dienstzulage für Beamte/Beamtenanwärter	BBesG	ja	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Direktversicherung - Rentenleistung aus Direktversicherung - Kapitalleistung aus Direktversicherung	§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 und Satz 3 SGB V	ja	§§ 3 Abs.1, 5 Abs. 2 Satz 1 §§ 3 Abs.1, 5 Abs. 4
Dividenden	§ 174 Abs. 2 Nr. 2 AktG bzw. § 20 EStG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 4
<b>E</b> Ehrensold für ehemalige Wahlbeamte	landesrechtliche Vorschriften	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Ehrensold für Künstler sowie Zuwendungen aus Mitteln der Deutschen Künstlerhilfe, wenn es sich um Bezüge aus öffentlichen Mitteln handelt, die wegen der Bedürftigkeit des Künstlers gezahlt werden		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung	§§ 102 ff. SGB IX	nein (BSG-Urteil vom 21.12.2011 - B 12 KR 22/09 R -, USK 2011 - 170)	
Einmalige Bedarfe, Leistungen für - Erstaussstattungen für die Wohnung - Erstaussstattungen für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt - Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen und dgl.	§ 31 SGB XII § 24 Abs. 3 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 - B 12 KR 22/09 R -, USK 2011 - 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 3 Satz 3; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Einnahmen aus nebenberuflicher Tätigkeit („Ehrenamtpauschale“)	§ 3 Nr. 26a i.V.m. § 22 Nr. 3 EStG	nein, soweit steuerfrei	

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Einnahmen aus nebenberuflicher Tätigkeit („Übungsleiterpauschale“)	§ 3 Nr. 26 EStG	nein, soweit steuerfrei	
Einnahmen aus Tätigkeiten als Notarzt im Rettungsdienst		nein, unter den Voraussetzungen des § 23c Abs. 2 SGB IV	
Einstiegslohn	16b SGB II	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Elterngeld	§ 1 ff. BEEG	nein (§ 224 Abs. 1 SGB V, § 56 Abs. 3 SGB XI)	
Emertenbezüge (Dienstbezüge, die Professoren nach der Entpflichtung erhalten) - bei Personen i.S. des § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB V		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Entlassungsgeld für Soldaten	§ 9 WSG	ja	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2
Entschädigungen als Ersatz für entgangene oder entgehende Einnahmen mit Ausnahme der Abfindungen bzw. Entlassungsschädigungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses	§ 24 Nr. 1 Buchst. a EStG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 3 Satz 3
Entschädigungen für die Aufgabe oder Nichtausübung einer Tätigkeit mit Ausnahme der Abfindungen bzw. Entlassungsschädigungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses	§ 24 Nr. 1 Buchst. b EStG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 3 Satz 3
Entschädigungsrente für Opfer des Nationalsozialismus	Art. 1 §§ 2, 3 EntschRG	nein (Art. 1 § 4 EntschRG)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
Entschädigungszahlung (monatliche) an Geschädigte	§ 83 SGB XIV	nein (§ 28 Abs. 2 SGB XIV)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz

<b>Einnahmeart</b>	<b>Rechtsgrundlage</b>	<b>Beitragspflichtig?</b>	<b>Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“</b>
Entschädigungszahlung (monatliche) an Geschädigte nach Maßgabe der sog. Nebengesetze	§ 4 HHG, § 21 StrRehaG, § 3 VwRehaG i.V.m. § 83 SGB XIV	nein (§ 28 Abs. 2 SGB XIV)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
Entschädigungszahlung (monatliche) an Hinterbliebene	§§ 85, 87, 88 SGB XIV	nein (§ 28 Abs. 2 SGB XIV)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
Entschädigungszahlung (monatliche) an Hinterbliebene nach Maßgabe der sog. Nebengesetze	§ 5 HHG, § 22 StrRehaG, § 4 VwRehaG, Jeweils i.V.m. §§ 85, 87, 88 SGB XIV	nein (§ 28 Abs. 2 SGB XIV)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
Entschädigungszahlung (monatliche) an Witwen und Witwer bei nicht schädigungsbedingtem Tod	§ 148 SGB XIV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Erbschaften		nein	
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	§ 145 SGB XIV i.V.m. § 27a BVG in der bis zum 31.12.2023 geltenden Fassung	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Erwerbsschadensausgleich (ab 01.01.2025)	§ 37 SEG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Erziehungsbeihilfe	§ 145 SGB XIV i.V.m. § 27 BVG in der bis zum 31.12.2023 geltenden Fassung	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
<b>F</b>			
Familienzuschlag – kindbezogener Teil	§ 40 BBesG	ja ja (BSG-Urteil vom 04.06.1991 – 12 RK 43/90 –, USK 9166)	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2
<b>G</b>			
Gewerbebetrieb, Einkünfte aus –	§ 15 Abs. 1 SGB IV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
Graduierten-Förderungsgesetz, Zuwendung nach –	Landesrecht	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Gründungszuschuss	§§ 93, 94 SGB III, § 49 Abs. 3 Nr. 6 SGB IX	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
– Anteil zur sozialen Absicherung (300,00 Euro mtl.)		nein (§ 240 Abs. 2 Satz 3 SGB V)	
Grundsicherungsleistung im Alter und bei Erwerbsminderung	§ 42 Nr. 1, 2, 4 SGB XII	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011 – 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1, 7 Abs. 6
<b>H</b>			
Haushaltshilfe	verschiedene Leistungsgesetze	nein	
– Verdienstaustauschfall bei unbezahltem Urlaub		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Heizung einschl. zentraler Warmwasserversorgung, Leistungen für –	§ 35 Abs. 4 und 5 SGB XII, § 22 SGB II	ja, anteilig durch die Zahl der im Haushalt des Mitgliedes lebenden hilfebedürftigen Angehörigen (BSG-Urteile vom 19.12.2000 – B 12 KR 1/00 –, USK 2000–36 und – B 12 KR 36/00 –, USK 2000–; BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011–170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Heuer der Seeleute	§ 14 SGB IV i.V.m. SvEV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3
Hilfe in anderen Lebenslagen	§§ 70 – 73 SGB XII	nein (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011–170)	
Hilfen zur Gesundheit	§§ 47 – 52 SGB XII	nein (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011–170)	
Hilfe zur Pflege	§ 61 SGB XII; § 44 SGB VII	nein (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011–170)	
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	§§ 67 – 69 SGB XII	nein (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011–170)	
I			
Insolvenzgeld	§ 165 SGB III	ja	§§ 3 Abs. 1, § 5 Abs. 2 Satz 1

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Investmenterträge	§ 16 InvStG	ja, unter Berücksichtigung der §§ 20 und 56 Abs. 6 InvStG	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 3 bzw. 4
<b>K</b>			
Kapitalabfindungen bzw. Kapitalleistungen von ausländischen Renten	§ 228 Abs. 1 Satz 3 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 4
Kapitalabfindungen bzw. Kapitalleistungen von Versorgungsbezügen	§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 5 i.V.m. Satz 3 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 4
z.B. Kapitalabfindung von Versorgungsbezügen für Soldaten	§§ 28 – 35 SVG (SS 43 – 50 SVG ab 01.01.2025)		
Kapitalleistung aus einer befreienden Kapitallebensversicherung		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 4
Kapitalleistung aus einer gemischt finanzierten Direktversicherung oder Versicherung bei einer Pensionskasse i.S. des BVerfG-Beschlusses vom 28.09.2010 – 1 BvR 1660/08 –, USK 2010–112, bzw. vom 27. Juni 2018 – 1 BvR 100/15 und 1 BvR 249/15 –, USK 2018–27 - Versorgungsbezugsanteil - Leistungen einer privaten Altersvorsorge	§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 i.V.m. Satz 3 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 4  §§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 4

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Kapitalleistung aus einer privaten Kapitallebensversicherung (ohne befreiende Kapitallebensversicherung), sofern keine Zuordnung zur betrieblichen Altersversorgung vorliegt <ul style="list-style-type: none"> <li>- im Erlebensfall</li> <li>- im Todesfall</li> </ul>		ja, in Höhe des Kapitalertrags nein (Vermögensverschiebung)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 3 Satz 3
Kapitalleistung aus einer privaten Rentenversicherung (sofern keine Zuordnung zur betrieblichen Altersversorgung vorliegt), darunter insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> <li>- aufgeschobene private Rentenversicherung</li> <li>- Rentenversicherung mit Kapitalwahlrecht</li> <li>- Riester-Rentenversicherung</li> <li>- Rürup-Rentenversicherung</li> </ul>		ja (BSG-Urteil vom 27.01.2010 – B 12 RK 28/08 –, USK 2010–15)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 4
Kapitalleistung aus einer privaten Risikoversicherung, darunter insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Berufsunfähigkeitsversicherung</li> <li>- Erwerbsunfähigkeitsversicherung</li> <li>- Pflegerentenversicherung</li> <li>- Risikolebensversicherung</li> <li>- Unfallversicherung ohne garantierte Beitragsrückzahlung</li> </ul>		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 4
Kapitalvermögen, Einkünfte aus –		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 3 bzw. 4
Kaufkraftausgleich	§ 55 BBesG	ja	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Kindererziehungsleistung (für Frauen, die vor 1921 bzw. 1927 geboren sind)	§§ 294, 294a SGB VI	nein (§ 299 SGB VI)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
Kindererziehungszeitenbetrag	§ 56 SGB VI	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Kindergeld	§§ 1 ff. BKGG	nein (BSG-Urteil vom 25.11.1981 – 5a/5 RKn 18/79 –, USK 81243)	
Kindertagespflege, Aufwendungen von privater Seite oder aus öffentlichen Kassen für – (Kosten für den Sachaufwand, Abgeltung der Erziehungsleistung und Erstattung bestimmter Vorsorgeaufwendungen)	§ 23 Abs. 2 SGB VIII	ja, soweit Arbeitseinkommen (§ 15 SGB IV)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
Kindervollzeitpflege, Leistungen zum Unterhalt des Kindes und des Jugendlichen - pauschale Leistungen für den Unterhalt des Kindes (sog. Pflegegelder) - Beträge zur Anerkennung bzw. Abgeltung der Erziehungskosten der Pflegeperson - Erstattung von Vorsorgeaufwendungen	§ 39 SGB VIII, Vollzeitpflege unter Maßgabe von § 27 i.V.m. § 33 SGB VIII	nein  ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1  §§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Kinderzuschlag	§ 6a BKGG	nein	
Kinderzuschuss der Rentenversicherung	§ 270 SGB VI	nein	
Kost und Wohnung	§§ 2 und 3 SvEV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Krankengeld	§§ 44 – 45 SGB V	zur Krankenversicherung: nein (§ 224 Abs. 1 SGB V)  zur Pflegeversicherung: grds. ja (§ 57 Abs. 2 SGB XI), aber Beitragseinbehalt bereits bei Auszahlung des Krankengeldes	
Krankengeld aus einem Wahltarif	§ 53 Abs. 6 SGB V	zur Krankenversicherung: ja, wenn die Voraussetzungen nach § 8 Abs. 3 der Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler nicht erfüllt sind  zur Pflegeversicherung: ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Krankengeld der Soldatenentschädigung (ab 01.01.2025)	§ 19 SEG	grds. beitragspflichtig (§ 235 Abs. 2 SGB V, § 57 Abs. 4 Satz 4 SGB XI), aber Beitragstragung ausschließlich durch den Rehabilitationsträger	
Krankengeld der Sozialen Entschädigung	§ 47 SGB XIV	grds. beitragspflichtig (§ 235 Abs. 2 SGB V, § 57 Abs. 4 Satz 4 SGB XI), aber Beitragstragung ausschließlich durch den Rehabilitationsträger	

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Krankentagegeld aus privater Krankenversicherung		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Kriegsschadenrente	§ 261 ff. LAG	ja, s. aber unter Pflegezulage	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
<b>L</b>			
Land- und Forstwirtschaft, Einkünfte aus –	§ 15 SGB IV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
Landeserziehungsgeld	landesrechtliche Vorschriften	nein (analog § 224 Abs. 1 SGB V i. d. Fassung bis zum 31.07.2013)	
Leistungen an Infizierte nach dem Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-D-Hilfegesetz – AntiDHG)	§ 3 Abs. 2 AntiDHG	ja, zur Hälfte (§ 6 Abs. 1 AntiDHG)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Leistungen der Sozialen Entschädigung bei Blindheit	§ 82 SGB XIV	nein	
Leistungen der Sozialen Entschädigung in Besitzstandsfällen	§ 144 SGB XIV	beitragspflichtig, soweit sie den Betrag einer Grundrente nach § 31 Abs. 1 Satz 1 BVG in der am 31.12.2023 geltenden Fassung bei GdS 100 zuzüglich Anpassungen nach § 150 SGB XIV überschreiten	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Leistungen der Sozialen Entschädigung in sonstigen Lebenslagen	§ 96 SGB XIV	nein (analog BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011–170)	
Leistungen der Sozialen Entschädigung zur Weiterführung des Haushalts	§ 95 SGB XIV	nein (analog BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011–170)	
Leistungen nach dem HIV-Hilfegesetz (HIVHG)	§ 16 HIVHG	nein (§ 17 HIVHG)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz
Leistungen zum Lebensunterhalt als Besondere Leistungen	§ 93 SGB XIV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

<b>Einnahmeart</b>	<b>Rechtsgrundlage</b>	<b>Beitragspflichtig?</b>	<b>Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“</b>
Leistungen zur Förderung der Existenzgründung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds	ESF-Richtlinien	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Lotsgeld der See- und Hafenslotsen	§ 15 Abs. 1 SGB IV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
<b>M</b>			
Mehrbedarf für Alleinerziehende	§ 30 Abs. 3 SGB XII § 21 Abs. 3 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011 – 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Mehrbedarf für Menschen mit Behinderung	§ 30 Abs. 4 i.V.m. § 42b Abs. 3 SGB XII § 21 Abs. 4 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011 – 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Mehrbedarf für dezentrale Warmwasserversorgung	§ 30 Abs. 7 SGB XII § 21 Abs. 7 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011 – 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Mehrbedarf für Gehbehinderte	§ 30 Abs. 1 SGB XII	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011 – 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1, 7 Abs. 6
Mehrbedarf für kostenaufwendige Ernährung	§ 30 Abs. 5 SGB XII § 21 Abs. 5 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011 – 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Mehrbedarf für werdende Mütter	§ 30 Abs. 2 SGB XII § 21 Abs. 2 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011 – 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Mehrbedarfsrente (von Haftpflichtversicherungen)	§ 843 BGB	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Mehrleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung	§ 94 SGB VII	nein (§ 94 Abs. 3 SGB VII)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Meister-BAföG, Leistungen zur Deckung des Unterhaltsbedarfs	§ 10 Abs. 2 AFBG	ja, soweit nicht darlehensweise gewährt	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Mutterschaftsgeld	§ 24i SGB V, § 14 KVLG 1989, § 19 MuSchG	nein (§ 224 Abs. 1 SGB V, § 56 Abs. 3 SGB XI)	
<b>N</b>			
Nutzungsvergütung	§ 24 Nr. 3 EStG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
<b>P</b> Pauschale Beihilfe an Beamte und Versorgungsempfänger der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Sachsen, Thüringen	§ 78a LBG (Baden-Württemberg), § 76 Abs. 5 LBG (Berlin), § 62 Abs. 6 LBG (Brandenburg), § 80 Abs. 4 des Bremischen Beamtengesetzes, § 80 Abs. 11 HmbBG, § 80a SächsBG, § 72 Abs. 6 des Thüringer Beamtengesetzes	nein, soweit nach § 3 Nr. 62 Satz 1 EStG steuerfrei	

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Pflegegeld an Pflegebedürftige	§ 37 SGB XI, § 44 SGB VII, § 74 Nr. 1 SGB XIV, § 64a SGB XII bzw. landesrechtliche Vorschriften	nein	
Pflegegeld, das an eine Pflegeperson weitergeleitet wird	§ 13 Abs. 6 SGB XI i.V.m. § 37 XI, § 44 SGB VII, § 74 Nr. 1 SGB XIV, § 34 BeamtVG, § 64a SGB XII bzw. landesrechtliche Vorschriften, § 192 VVG	nein bis zur Höhe des Pflegegeldes nach § 37 Abs. 1 SGB XI (§ 240 Abs. 2 Satz 4 SGB V)	
Pflegezulage	§ 269 Abs. 2 i.V.m. § 267 Abs. 1 S. 3-6 LAG	nein	
Privatentnahme aus dem Betriebsvermögen		nein	
Produktionsaufgabenerente	§§ 5, 6 FELEG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
<b>R</b> Regelbedarf (Regelsatz) bzw. individueller Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts	§ 27a Abs. 2 bis 5 SGB XII § 20 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011 – 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 ; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Renten an beschädigte frühere Soldaten (Übergangsregelung; 01.01.2024 – 31.12.2024)	§ 80 SVG i.V.m. § 31 BVG in der bis zum 31.12.2023 geltenden Fassung	ja, soweit sie den Grundrentenbetrag nach § 31 Abs. 1 BVG übersteigen (BSG-Urteil vom 24.01.2007 – B 12 KR 28/05 R –, USK 2007-1)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten an Hinterbliebene früherer Soldaten (Übergangsregelung; 01.01.2024 – 31.12.2024)	§ 80 SVG i.V.m. §§ 40, 43, 46 BVG in der bis zum 31.12.2023 geltenden Fassung	ja (BSG-Urteil vom 09.12.1981 – 12 RK 29/79 –, USK 81300)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung	SGB VI, Art. 2 RÜG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung	SGB VII	ja (BSG-Urteil vom 06.09.2001 – B 12 KR 14/00 R –, USK 2001-35)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten aus einer befreienden Kapitallebensversicherung		ja (analog zu BSG-Urteile vom 06.09.2001 – B 12 KR 40/00 R – und – B 12 KR 5/01 R –, USK 2001-31)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Renten aus einer gemischt finanzierten Direktversicherung oder Versicherung bei einer Pensionskasse i.S. des BVerfG-Beschlusses vom 28.09.2010 – 1 BvR 1660/08 –, USK 2010-112, bzw. vom 27. Juni 2018 – 1 BvR 100/15 und 1 BvR 249/15 –, USK 2018-27 - Versorgungsbezugsanteil - Leistungen einer privaten Altersvorsorge	§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V	ja  ja (analog zu BSG-Urteile vom 06.09.2001 – B 12 KR 40/00 R – und – B 12 KR 5/01 R –, USK 2001-31)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1  §§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten aus einer Höherversicherung Renten aus einer privaten Kapitallebensversicherung (ohne befreiende Kapitallebensversicherung), sofern keine Zuordnung zur betrieblichen Altersversorgung vorliegt	§ 280 SGB VI	ja ja (analog zu BSG-Urteile vom 06.09.2001 – B 12 KR 40/00 R – und – B 12 KR 5/01 R –, USK 2001-31)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 §§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
(Leib- und Zeit-) Renten aus einer privaten Rentenversicherung (sofern keine Zuordnung zur betrieblichen Altersversorgung vorliegt), darunter insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> <li>- aufgeschobene private Rentenversicherung</li> <li>- Rentenversicherung mit Kapitalwahlrecht</li> <li>- Riester-Rentenversicherung</li> <li>- Rürup-Rentenversicherung</li> <li>- Sofortrente</li> </ul>		ja (BSG-Urteil vom 10.10.2017 – B 12 KR 16/16 R –, USK 2017-84)  Als Sonderfall s. unter Sofortrente, finanziert aus einer mit ein Hundertzwanzigstel verbeitragten Kapitalleistung	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten aus einer privaten Risikoversicherung, darunter insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Berufsunfähigkeitsversicherung</li> <li>- Erwerbsunfähigkeitsversicherung</li> <li>- Pflegerentenversicherung</li> <li>- Risikolebensversicherung</li> <li>- Unfallversicherung ohne garantierte Beitragsrückzahlung</li> </ul>		ja (BSG-Urteil vom 06.09.2001 – B 12 KR 14/00 R –, USK 2001-35)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten aus Versorgungs- und Zusatzversorgungskassen		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten der Alterssicherung der Landwirte	ALG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Rentennachzahlung	§ 228 Abs. 2 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 6
Renten von ausländischen Rentenversicherungsträgern	§ 228 Abs. 1 Satz 2 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Ruhegehalt	BeamtVG, SVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
<b>S</b>			
Sachbezüge	SvEV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Sanierungsgewinne	§ 15 SGB IV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
Schadenersatzrente	§ 843 BGB	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Schmerzensgeld	§ 253 Abs. 2 BGB	nein	
Schwerverletztenzulage	§ 57 SGB VII	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Selbständiger Arbeit; Einkünfte aus –	§ 15 Abs. 1 SGB IV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
Sofortrente aus einer privaten Rentenversicherung, finanziert aus einer mit ein Hundertzwanzigstel verbeitragten Kapitalleistung		ja, in Höhe des Spitzbetrages = der ein Hundertzwanzigstel verbeitragten Kapitalleistung übersteigende Teil der Sofortrente (BSG-Urteil vom 10.10.2017 – B 12 KR 1/16 R –, USK 2017–83)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
(Promotions-)Stipendien		ja, ungeachtet eventuell gesondert ausgewiesener Bestandteile (BSG-Urteile vom 18.12.2013 – B 12 KR 8/12 R –, USK 2013–170, und vom 07.06.2018 – B 12 KR 1/17 R –, USK 2018–36)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Streikgelder		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Studienbeihilfen		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
<b>U</b>			
Überbrückungsgeld aus der Seemannskasse	Satzung der Seemannskasse	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Übergangsgebühren für Zeitsoldaten	§§ 11, 11a SVG (§§ 16, 17 SVG ab 01.01.2025)	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Übergangsgeld im Zusammenhang mit Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	§ 45 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX	grds. ja (§ 235 Abs. 2 SGB V, § 57 Abs. 4 Satz 4 SGB XI), aber Beitragstragung ausschließlich durch den Rehabilitationsträger	
Übergangsgeld wegen Entlassung aus einem Dienstverhältnis	§ 47 BeamtVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unfallausgleich	§ 35 BeamtVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unfallruhegehalt	§§ 36, 37 BeamtVG, § 27 SVG (§ 42 SVG ab 01.01.2025)	ja, soweit es nach Maßgabe des § 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. c und d SGB V zum Versorgungsbezug gehört	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2
Unterhalt, den getrennt lebende oder geschiedene Ehegatten erhalten	§§ 1361 Abs. 4, 1585 Abs. 1 BGB	ja, einschließlich eines darin enthaltenen Versicherungsbeitrages zur Altersvorsorge (BSG-Urteil vom 28.06.2022 – B 12 KR 11/20 R –, USK 2022-27)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unterhalt, den getrennt lebende Lebenspartner oder Lebenspartner nach gerichtlich aufgehobener Lebenspartnerschaft erhalten	§§ 12, 16 LPartG (Lebenspartnerschaften vor 01.10.2017 begründet)	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Unterhaltsbeitrag	BeamtenVG, SVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unterhaltsleistungen, die das Mitglied für ein Kind von einem Dritten (z. B. Sozialhilfeträger, Träger der Jugendhilfe, Elternteil) erhält		nein (BSG-Urteile vom 11.04.1984, – 12 RK 41/82 –, USK 84117 und vom 22.09.1988 – 12 RK 14/86 –, USK 88153)	
Unterhaltsbeitrag für Lotsenanwärter	§ 28 Abs. 1 Nr.9 SeelG i.V.m. den Satzungen der Lotsenbrüderschaften	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unterhaltssicherung, Leistungen zur –	§§ 5 ff. USG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unterkunft, Leistungen für –	§ 35 Abs. 1 bis 3 und 5 SGB XII, § 22 SGB II	ja, anteilig durch die Zahl der im Haushalt des Mitglied des lebenden hilfebedürftigen Angehörigen (BSG-Urteile vom 19.12.2000 – B 12 KR 1/00 –, USK 2000–36 und – B 12 KR 36/00 –, USK 2000–39, BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011–170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
<b>V</b>			
Veräußerungsgewinne aus dem (Teil-)Verkauf eines Betriebes, aus dem Verkauf von Anteilen einer Kapitalgesellschaft oder aus der (Teil-)Veräußerung des Vermögens	§§ 14, 16, 17, 18 Abs. 3 EStG	ja (BSG-Urteil vom 18.01.2018 – B 12 KR 22/16 R –, USK 2018–1)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Veräußerungsgewinne aus privaten Veräußerungsgeschäften (z.B. bei Grundstücken und Rechten)	§ 22 Nr. 2 i.V.m. § 23 EStG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 3 Satz 3
Veräußerungs- bzw. Kaufpreisleibrente (Leibrente, die auf der Übertragung eines Wirtschaftsgutes beruht) aus privaten Veräußerungsgeschäften		ja (BSG-Urteile vom 06.09.2001 – B 12 KR 40/00 R – und – B 12 KR 5/01 R –, USK 2001 –31)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Verdienstausfallentschädigungen	§ 56 IfSG, § 9 Abs. 2 KatSchErwG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Verdienstausfallerstattung bei Haushaltshilfe, Mitaufnahme einer Begleitperson in das Krankenhaus, Dialyse oder Organspende		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Verletztengeld	§ 45 Abs. 1 Nr. 2 SGB VII	grds. ja (§ 235 Abs. 2 SGB V, § 57 Abs. 4 Satz 4 SGB XI), aber Beitragstragung ausschließlich durch den Rehabilitationsträger	
Vermietung und Verpachtung, Einkünfte aus –		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2 und 3
Versorgungsbezüge	§ 229 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4
Versorgungsbezüge, nachgezahlte –	§ 229 Abs. 2 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 6
Versorgungsbezüge im Sinne des § 229 SGB V nach BeamtenVG oder SVG	BeamtenVG SVG	ja, nach Abzug für Pflegeleistungen nach § 50f BeamtenVG oder § 55f SVG (§ 76 SVG ab 01.01.2025)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Versorgungskrankengeld (Übergangsregelung ab dem 01.01.2024)	§ 143 Abs. 3 SGB XIV bzw. §§ 80, 83 SVG i.V.m. §§ 16 ff. BVG in der bis zum 31.12.2023 geltenden Fassung	grds. ja (§ 235 Abs. 2 SGB V, § 57 Abs. 4 Satz 4 SGB XI), aber Beitragstragung ausschließlich durch den Rehabilitationsträger	
Versorgungszuschlag für beurlaubte Beamte der Deutschen Telekom AG		ja (BSG-Urteil vom 19.12.2000 – B 12 KR 36/00 R –, USK 2000–39)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Vorruhestandsgeld	VRG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Vorsorgeunterhalt (Kranken-, Pflege-, Alters- und Erwerbsminderungsversorgung)	§§ 1361 Abs. 1, 1578 Abs. 2 und 3 BGB	ja (BSG-Urteil vom 19.08.2015 – B 12 KR 11/14 R –)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
<b>W</b>			
Waisengeld	§ 23 BeamtVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1
Werksrente	§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4
Wertguthaben im Rahmen eines flexiblen Arbeitszeitmodells (Altersteilzeit) für einen nicht abhängig beschäftigten Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH - während der Arbeitsphase - während der Freistellungsphase		nein ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig?	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Witwengeld	§ 19 BeamtVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1
Wohngeld	§ 3 des 2. WoGG	nein (BSG-Urteil vom 25.11.1981 – 5a/5 RKn 18/79 –, USK 81243)	
<b>Z</b>			
Zinsen aus Kapitalvermögen		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 3 bzw. 4
Zuschüsse während der Mutterschutzfrist für Beamtinnen	§ 3 MuSchEltZV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Zuwendung für Haftopfer rechtsstaatswidriger Strafverfolgung im Beitrittsgebiet, Besondere –	§ 17a StrRehaG	nein (§ 16 Abs. 4 StrRehaG)	§ 3 Abs. 1 Satz 3 dritter Teilsatz